

Statuten 2023

Ausgabe Juni 2023

Statuten des Vereins
Austrian Standards International

www.austrian-standards.at/statuten

Austrian Standards International Statuten 2023

Inhalt

Name und Sitz	4
Vereinszweck.....	4
Vereinsprinzipien	4
Ideelle Mittel	4
Materielle Mittel.....	5
Mitglieder	6
Aufnahme von Mitgliedern.....	6
Beendigung der Mitgliedschaft	6
Rechte und Pflichten der Mitglieder	7
Organe	7
Präsidium.....	8
Wahl und Abberufung der Präsidiumsmitglieder	8
Organisation des Präsidiums.....	9
Aufgaben des Präsidiums	10
Präsidialrat.....	11
Wahl, Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Präsidialrats	11
Organisation des Präsidialrats.....	12
Funktionen des Präsidialrats	12
Vollversammlung	12
Einberufung von Vollversammlungen	13
Einladungsfrist und Tagesordnung zur Vollversammlung.....	13
Leitung, Beschlussfähigkeit, Beschlüsse der Vollversammlung.....	13
Aufgaben der Vollversammlung.....	14
Direktorin/Direktor	14
Bestellung und Abberufung der Direktorin/des Direktors.....	15
Aufgaben der Direktorin/des Direktors	15
Vertretung des Vereins	16
Abschlussprüferin/Abschlussprüfer.....	16
Schlichtungseinrichtung gemäß § 8 VerG 2002	17
Organisation der Schlichtungseinrichtung gemäß § 8 VerG 2002	17
Grundsätze des Schlichtungsverfahrens	17
Zweigvereine	18
Auflösung des Vereins	19
Übergangsbestimmungen	20

Statuten 2023

Statuten des Vereins Austrian Standards International – Standardisierung und Innovation

Präambel

Der Verein wurde 1921 gegründet. Austrian Standards International – Standardisierung und Innovation ist die österreichische Normungsorganisation nach dem Normengesetz 2016 und bietet seit jeher allen am Normenwesen Interessierten eine neutrale, unabhängige Plattform mit einheitlichen transparenten und geregelten Verfahren auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene. In europäischen und internationalen Normungsorganisationen werden im Wege von Austrian Standards International die österreichischen Normungsinteressen vertreten.

Austrian Standards International unterliegt als nationale Normungsorganisation den Bestimmungen der EU-Normungsverordnung (EU-VO 1025/2012 idgF) und den Bestimmungen des Normengesetzes 2016 (NormG 2016). Einen Rahmen für das Handeln des Vereins bilden auch die einschlägigen europäischen und österreichischen Strategien.

Die Europäische Normungsstrategie unterstreicht die Wichtigkeit der Normung bei der Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen. Damit wird die strategische Bedeutung von Normen als ein zentrales Element eines resilienten, grünen und digitalen europäischen Binnenmarkts gestärkt. Um diese – auch gesellschaftspolitische – Aufgabe der Normung effektiv und effizient durchführen zu können, entwickelt sich Austrian Standards International als innovative Organisation stets weiter.

Austrian Standards International orientiert sich in seinem Handeln auch an der Österreichischen Normungsstrategie und an dem von Austrian Standards International entwickelten Zielbild Standardisierung. Letzteres enthält sechs Ziele:

1. Standards gestalten die Zukunft mit und fördern Innovation.
2. Standards unterstützen im internationalen Wettbewerb.
3. Standards stehen zeitnah in hoher Qualität zur Verfügung.
4. Diversität sichert hohe Qualität und breite Akzeptanz von Standards.
5. Standards sind allgemein anerkannte freiwillige Regeln.
6. Standards werden in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen.

Name und Sitz

§ 1 (1) Der Verein führt den Namen „Austrian Standards International – Standardisierung und Innovation“.

(2) Der Verein hat seinen Sitz in Wien.

Vereinszweck

§ 2 (1) Der Verein ist nicht auf Gewinn gerichtet.

(2) Der Verein wird sowohl national als auch international als Organisation auf den Gebieten Standardisierung und Innovation (en: Association for standards and innovation, fr: Association pour la standardisation et l'innovation) tätig.

(3) Der Verein bezweckt durch seine Tätigkeit

- a. die Erzielung eines volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzens;
- b. die Steigerung einer nachhaltigen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der österreichischen und europäischen Wirtschaft, insbesondere durch das Schaffen von Rahmenbedingungen für transparenten, fairen Wettbewerb und durch den Abbau von Handelshemmnissen;
- c. die Erleichterung der Teilnahme an nationalen, europäischen und internationalen partizipativen Netzwerken und Prozessen sowie die Vermittlung von Informationen, Kenntnissen und Fähigkeiten dafür.

Vereinsprinzipien

§ 3 (1) Der Verein ist unabhängig, unparteiisch und international ausgerichtet. Er orientiert sich in all seinen Tätigkeitsbereichen an den Prinzipien der Effizienz, Nachhaltigkeit, Kundenorientierung und am Gleichheitsgrundsatz.

(2) Im Bereich der Entwicklung von Normen/Standards bekennt sich der Verein überdies ausdrücklich zu den internationalen Prinzipien der Normung, insbesondere zu den WTO-Prinzipien (Transparenz, Offenheit, Unparteilichkeit, Konsens, Effektivität, Relevanz, Kohärenz). Für den Bereich der Aufgaben als nationale Normungsorganisation bekennt sich der Verein im Übrigen ausdrücklich zu den Grundsätzen der Normungsarbeit gemäß § 5 Norm 2016 (Mitarbeit aller interessierten Kreise, Kohärenz, Transparenz, Offenheit, Konsens, Freiwilligkeit der Anwendung von Normen, Unabhängigkeit von Einzelinteressen, Effizienz, Gesetzeskonformität, Berücksichtigung der wirtschaftlichen Auswirkungen und Vertretung der Interessen Österreichs).

Ideelle Mittel

§ 4 (1) Ideelle Mittel zur Verfolgung des Vereinszwecks sind

- a. das Entwickeln und Erhalten eines qualitativ adäquaten Systems (Infrastruktur und Knowhow) für die Teilhabe und Mitarbeit bei der Erstellung von Normen/Standards auf bi- oder multilateraler, regionaler (insbesondere europäischer) und internationaler Ebene und für die Erstellung von Normen/Standards in Österreich, insbesondere als Träger der nationalen Normungsorganisation gemäß NormG 2016, im Hinblick auf

die damit gesetzlich verbundenen nationalen und internationalen Aufgaben und Verpflichtungen;

- b. die Projektvorbereitung, -durchführung und -nachbetreuung bei Prozessen der Co-Creation und anderen kollaborativen Prozessen;
- c. die Zusammenarbeit mit Organisationen und die Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit bei einschlägigen Organisationen;
- d. das Bereitstellen und Vermitteln von Wissens- und Informationsprodukten;
- e. das Entwickeln und Anbieten von Informations-, Wissens-, Beratungs-, Konformitäts- sowie Aus- und Weiterbildungsleistungen;
- f. unterstützende Kommunikationsaktivitäten.

(2) Der Verein kann alle Tätigkeiten ausüben, die unmittelbar oder mittelbar, gänzlich oder teilweise dem Vereinszweck dienen. Der Verein kann seine Aufgaben auch mittels teilweiser Aufgabendelegation an Tochtergesellschaften und Zweigvereine sowie in Kooperation mit in- und ausländischen, regionalen und internationalen Organisationen wahrnehmen, soweit dem nicht gesetzliche Hindernisse entgegenstehen.

(3) Der Verein kann im Rahmen der Verfolgung des Vereinszwecks insbesondere zur Übertragung einzelner Aufgaben

- Hauptverein von Zweigvereinen sein, wobei der Verein die Gründung solcher Zweigvereine unter Beachtung der satzungsmäßigen Voraussetzungen gemäß § 33 entweder selbst veranlassen oder bereits bestehende in- oder ausländische Vereine als Zweigvereine anerkennen kann;
- Mitglied in- oder ausländischer bzw. internationaler Vereine oder Netzwerke werden;
- Vereine und andere Rechtsträger im In- und Ausland gründen;
- Beteiligungen an anderen Rechtsträgern erwerben.

Materielle Mittel

§ 5 (1) Materielle Mittel zur Verfolgung des Vereinszwecks sind:

1. Mitgliedsbeiträge;
2. Abgeltungen für im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeiten des Vereins, z. B. gemäß NormG 2016;
3. Subventionen;
4. freiwillige Zuwendungen;
5. Entgelte für Dienstleistungen, insbesondere für das Management von Projekten (z. B. Consulting-Projekten), für die Führung von Sekretariaten, für die Veranstaltung von Konferenzen, Seminaren und Workshops und für Beratung;
6. Entgelte aus der Verwertung von Rechten, insbesondere von Immaterialgüterrechten wie z. B. an Normen/Standards;
7. Entgelte für die Nutzung der Infrastruktur des Vereins;
8. Erträge aus Früchten (Zinsen, Mieten) und Beteiligungen.

(2) Das Vorhandensein adäquater Ressourcen (finanzielle, personelle, technologische Ressourcen) für zumindest die nächsten drei Jahre ist jährlich von der Abschlussprüferin/dem Abschlussprüfer festzustellen. Ist der Verein nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016, so hat die Abschlussprüferin/der Abschlussprüfer auch eine Aussage zu den gemäß § 4 Abs. 1 Z 4 NormG 2016 für die gesetzlichen Aufgaben erforderlichen personellen und finanziellen Mitteln und zu der für die Normungsarbeit erforderlichen Infrastruktur zu treffen.

Mitglieder

§ 6 (1) Mitglieder des Vereins sind

1. ordentliche Mitglieder,
2. außerordentliche Mitglieder,
3. Ehrenmitglieder,
4. Ehrenpräsidentinnen/Ehrenpräsidenten.

(2) Natürliche und juristische Personen, die sich mit den Zielen und Aufgaben des Vereins identifizieren, können ordentliche Mitglieder des Vereins werden.

(3) Außerordentliche Mitglieder des Vereins können werden:

- Mitglieder des Präsidiums und des Präsidialrates, soweit sie nicht ohnehin ordentliche Mitglieder sind, sowie
- Personen, denen die außerordentliche Mitgliedschaft wegen ihres besonderen Interesses oder ihrer besonderen Leistungen für den Verein vom Präsidium befristet zuerkannt wird, wie z. B. Vorsitzende der zur Schaffung von Normen gebildeten Komitees für die Dauer ihrer Funktionsperiode.

(4) Ehrenmitglieder auf Lebenszeit können werden: natürliche Personen, die sich um den Verein oder seine Zwecke in herausragender Weise verdient gemacht haben.

(5) Ehrenpräsidentinnen/Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit können werden: ehemalige Präsidentinnen/Präsidenten des Vereins, die sich in dieser Funktion auf herausragende Weise um den Verein verdient gemacht haben.

Aufnahme von Mitgliedern

§ 7 (1) Über die Aufnahme der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder entscheidet das Präsidium. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht, sodass bei allfälliger Ablehnung eine nähere Begründung nicht erforderlich ist.

(2) Über die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft und der Ehrenpräsidentschaft entscheidet die Vollversammlung auf Antrag des Präsidiums. Ehrenmitgliedschaft und Ehrenpräsidentschaft bedürfen der Zustimmung der geehrten Person.

Beendigung der Mitgliedschaft

§ 8 (1) Die Mitgliedschaft endet durch

1. Tod oder Verlust der Rechtspersönlichkeit,
2. einseitige Beendigung (Kündigung, Ausschluss),
3. Auflösung des Vereins,
4. Ende der Funktionsperiode bzw. der Frist der Zuerkennung der außerordentlichen Mitgliedschaft.

(2) Ein Mitglied kann ohne Angabe von Gründen die Mitgliedschaft kündigen. Die Kündigung kann nur zum 31. Dezember jeden Jahres erfolgen und muss dem Verein bis 31. Oktober dieses Jahres schriftlich mitgeteilt worden sein. Erfolgt die Kündigung verspätet, so ist sie erst zum nächsten Kündigungstermin wirksam.

(3) Das Präsidium kann ein Mitglied ausschließen, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt. Wichtig ist ein Grund dann, wenn er die Fortsetzung der Mitgliedschaft für den Verein unzumutbar macht. Dazu zählt vor allem die grobe Verletzung von Mitgliedspflichten, insbesondere ein Verhalten, das geeignet ist, das Ansehen des Vereins zu schädigen bzw. die Verfolgung des Vereinszwecks zu behindern, ferner ein Verhalten, das Vereinsprinzipien widerspricht. Ein solcher Ausschluss setzt voraus, dass dem Mitglied die faire Möglichkeit eingeräumt war, zu den für den Ausschluss relevanten Vorwürfen Stellung zu nehmen. Die Entscheidung des Präsidiums ist dem Mitglied schriftlich begründet mitzuteilen. Gegen den Ausschlussbeschluss steht dem betroffenen Mitglied die Möglichkeit der Berufung an die vereinsinterne Schlichtungseinrichtung offen (§ 31).

(4) Ein Mitglied kann ohne Gewährung einer solchen Stellungnahme vom Präsidium ausgeschlossen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist den fälligen Mitgliedsbeitrag nicht bezahlt. Der Ausschluss wird dem Mitglied schriftlich mitgeteilt. Die Pflicht, für die Zeit der aufrechten Mitgliedschaft ausstehende Beiträge nachzuzahlen, bleibt trotz des Ausschlusses aufrecht. Der Ausschluss kann durch Zahlung des ausstehenden Betrages binnen einer Woche wieder rückgängig gemacht werden.

Rechte und Pflichten der Mitglieder

§ 9 (1) In der Vollversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme sowie das aktive und passive Wahlrecht.

(2) Ordentliche Mitglieder sind verpflichtet, den Mitgliedsbeitrag pünktlich zu entrichten. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags wird von der Vollversammlung festgesetzt.

(3) Die Mitglieder werden in der Vollversammlung, in entsprechenden (elektronischen) Vereinspublikationen sowie über das Internet über wichtige Tätigkeiten des Vereins informiert.

(4) Die Mitglieder sind verpflichtet, die vereinsrechtlichen Vorschriften, die Statuten des Vereins und die Beschlüsse der Vereinsorgane einzuhalten sowie die Vereinsprinzipien gemäß § 3 zu respektieren.

Die Mitglieder haben die Vereinsinteressen nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch die Verfolgung der Vereinszwecke oder das Ansehen des Vereins leiden könnten.

Organe

§ 10 Die Organe des Vereins sind

1. das Präsidium,
2. der Präsidialrat,
3. die Vollversammlung,
4. die Direktorin/der Direktor,
5. die Schlichtungseinrichtung gemäß § 8 VereinsG.

Präsidium

§ 11 (1) Das Präsidium ist das Leitungsorgan des Vereins.

(2) Das Präsidium besteht aus der Präsidentin/dem Präsidenten, drei Personen in der Funktion Vizepräsidentin/Vizepräsident, allenfalls bis zu drei weiteren Präsidiumsmitgliedern, die insbesondere aus Institutionen stammen sollten, die sich maßgeblich an der Finanzierung von Aufgaben des Vereins beteiligen, sowie – wenn der Verein nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016 ist – einer Vertreterin/einem Vertreter des Bundes und einer Vertreterin/einem Vertreter der Länder gemäß § 4 Abs. 4 Z 2 NormG 2016, welche hinsichtlich der Belange der Normung stimmberechtigt sind. Alle Präsidiumsmitglieder haben Einsichtsrechte nach § 4 Abs. 4 Z 4 NormG 2016.

(3) Ehrenpräsidentinnen/Ehrenpräsidenten sind berechtigt, mit beratender Stimme an Sitzungen des Präsidiums teilzunehmen.

(4) Die Funktionen der Präsidiumsmitglieder dürfen nur von solchen Personen ausgeübt werden, die über die hierfür erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen.

(5) Die Präsidiumsmitglieder sind primär aus dem Kreis der Vereinsmitglieder zu wählen.

Wahl und Abberufung der Präsidiumsmitglieder

§ 12 (1) Die Präsidiumsmitglieder werden auf Vorschlag des noch amtierenden Präsidiums von der Vollversammlung gewählt. Lehnt die Vollversammlung eine vorgeschlagene Kandidatin/einen vorgeschlagenen Kandidaten ab, hat das Präsidium einen neuen Vorschlag zu machen. Die Wahl anderer Kandidatinnen und Kandidaten ist nur zulässig, wenn das Präsidium zustimmt. Andernfalls bleibt das Präsidium so lange im Amt, bis die Vollversammlung vom Präsidium vorgeschlagene Kandidatinnen/Kandidaten akzeptiert. Für den Fall, dass es kein Präsidium gibt oder das Präsidium keinen Wahlvorschlag erstattet oder drei Mal in Folge ein Wahlvorschlag von der Vollversammlung abgelehnt wird, bestellt die Vollversammlung die Präsidiumsmitglieder auf Vorschlag des Präsidialrats.

(2) Die Funktionsperiode der Präsidiumsmitglieder beträgt fünf Jahre. Diese organwaltenden Personen bleiben darüber hinaus bis zur Wahl neuer organwaltender Personen im Amt, wenn die Neuwahl erst nach Ablauf der fünf Jahre stattfindet. Wiederwahlen sind zulässig.

(3) Präsidiumsmitglieder sollen nur aus wichtigem Grund vorzeitig aus ihrem Amt scheiden. Für die stimmberechtigten Vertreterinnen/Vertreter des Bundes und der Länder gemäß § 4 Abs. 4 Z 2 NormG 2016 ist jedenfalls ein entsprechender Beschluss der vertretenen Gebietskörperschaften ein solcher Grund. Präsidiumsmitglieder haben in diesen Fällen dem noch verbliebenen Präsidium schriftlich ihren Rücktritt zu erklären. Falls das Präsidium kollektiv zurücktritt, ist der Rücktritt dem Präsidialrat zu erklären.

(4) Ein Präsidiumsmitglied kann aus wichtigem Grund vom übrigen Präsidium ausgeschlossen werden. Ein solcher Ausschluss setzt voraus, dass dem Präsidiumsmitglied die faire Möglichkeit eingeräumt war, zu den für den Ausschluss relevanten Vorwürfen Stellung zu nehmen. Der Ausschlussbeschluss ist schriftlich auszufertigen und zu begründen.

(5) Das Präsidium bleibt trotz Ausscheidens von Präsidiumsmitgliedern so lange funktionsfähig, als wenigstens noch die Präsidentin/der Präsident oder eine Vizepräsidentin/ein

Vizepräsident gültig bestellt ist. Das Präsidium hat bei Ausscheiden eines oder mehrerer Präsidiumsmitglieder das Recht auf Selbstergänzung (Kooptierung). Die nächstfolgende Vollversammlung hat je nach Vorschlag des Präsidiums die kooptierten Präsidiumsmitglieder entweder in ihrem Amt zu bestätigen oder durch andere Personen zu ersetzen. Abs. 1 gilt sinngemäß. § 4 Abs. 4 Z 2 NormG 2016 ist zu beachten.

Organisation des Präsidiums

§ 13 (1) Das Präsidium tagt in Sitzungen. Den Vorsitz führt die Präsidentin/der Präsident; im Fall ihrer/seiner Verhinderung kommt § 13 Abs. 2 sinngemäß zur Anwendung. Beschlüsse im Umlaufverfahren sind zulässig; verlangt jedoch ein Präsidiumsmitglied die Behandlung des Beschlusentwurfes in einer Präsidiumssitzung, dann ist von einem Beschluss im Umlaufverfahren Abstand zu nehmen.

(2) Das Präsidium wird von der Präsidentin/vom Präsidenten, im Fall ihrer/seiner Verhinderung durch jene Vizepräsidentin/jenen Vizepräsidenten, die/den die Präsidentin/der Präsident bestimmt hat, oder – falls eine derartige Bestimmung nicht erfolgt ist – durch die älteste nicht verhinderte Vizepräsidentin/den ältesten nicht verhinderten Vizepräsidenten, oder, falls keine Vizepräsidentin/kein Vizepräsident zur Verfügung steht, durch die Direktorin/den Direktor oder deren/dessen Stellvertretung als physische, virtuelle oder hybride Sitzung einberufen.

(3) Die Einladung zur Präsidiumssitzung ist wenigstens 14 Tage vor dem Termin schriftlich (z. B. per E-Mail) an alle Präsidiumsmitglieder unter Bekanntgabe der vorgeschlagenen Tagesordnung und des Abhaltungsortes an die vom Mitglied zuletzt angegebene Adresse abzusenden oder zum Abruf bereitzustellen (z. B. über eine elektronische Plattform). Bei Gefahr im Verzug kann eine Präsidiumssitzung auch kurzfristig auf jedwede Art (z. B. auch mündlich per Telefon) einberufen werden.

(4) Zu einzelnen Tagesordnungspunkten können im Einvernehmen mit der Präsidentin/dem Präsidenten weitere Personen eingeladen werden, die an der Behandlung der jeweiligen Tagesordnungspunkte mit beratender Stimme teilnehmen. Ist der Verein nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016, so ist die Aufsichtsbehörde einzuladen, zu den gemäß NormG 2016 relevanten Tagesordnungspunkten eine Vertreterin/einen Vertreter zu entsenden.

(5) Eine Erweiterung der Tagesordnung in der Präsidiumssitzung kann nur einstimmig beschlossen werden. Eine Erweiterung der Tagesordnung auf eine Satzungsänderung oder einen Auflösungsbeschluss ist unzulässig.

(6) Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn zumindest die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Das Präsidium fasst seine Beschlüsse (unter Beachtung von § 11 Abs. 2) mit einfacher Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Präsidentin/des Präsidenten den Ausschlag. Ist der Verein nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016, so ist in den in § 4 Abs. 4 Z 3 NormG 2016 genannten Fällen Einstimmigkeit erforderlich.

(7) Die Durchführung einer virtuellen bzw. hybriden Sitzung ist zulässig, wenn eine Teilnahmemöglichkeit an der Sitzung von jedem Ort aus mittels einer akustischen und optischen Zweiweg-Verbindung in Echtzeit besteht. Dabei muss es jeder teilnehmenden Person möglich sein, sich zu Wort zu melden und an Abstimmungen teilzunehmen.

Aufgaben des Präsidiums

§ 14 (1) Das Präsidium hat insbesondere folgende allgemeine Aufgaben:

1. Einberufung von ordentlichen und außerordentlichen Vollversammlungen;
2. Bestellung und Abberufung der Direktorin/des Direktors und ihrer/seiner Stellvertreterinnen/Stellvertreter;
3. Einberufung des Plenums des Präsidialrates und Ernennung von einem Viertel der Präsidialratsmitglieder sowie Vorschlag von weiteren Präsidialratsmitgliedern gemäß § 16 Abs. 1 an den Präsidialrat;
4. Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern;
5. Festlegung der internen Verantwortung für die Vertretung des Vereins, insbesondere interne Zustimmung zu außerordentlichen Vereinsgeschäften;
6. Obsorge für die sorgfältige und gewissenhafte Einhaltung der für den Verein maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, der Statuten, der Geschäftsordnung und der Vereinsbeschlüsse;
7. Entscheidung über die Entlastung der Direktorin/des Direktors;
8. Vorschlag an die Vollversammlung für die Bestellung einer Abschlussprüferin/eines Abschlussprüfers;
9. Vorschlag an die Vollversammlung für die Wahl der Präsidiumsmitglieder;
10. Vorschlag an die Vollversammlung für die Festlegung der Mitgliedsbeiträge,
11. Vorschlag an die Vollversammlung für Statutenänderungen oder für die Auflösung des Vereins;
12. Vorschlag an die Vollversammlung für die Verleihung von Ehrenzeichen des Vereins;
13. Vorschlag an die Vollversammlung zur Verleihung von Ehrenmitgliedschaften und Ehrenpräsidenschaften;
14. die dem Präsidium betreffend Zweigvereine vorbehaltenen Agenden gemäß § 33;
15. die Gründung von Tochtergesellschaften;
16. Wahrnehmung aller Vereinsangelegenheiten, die nicht statutengemäß einem anderen Vereinsorgan zukommen.

(2) Im Zuge der Vorbereitung der Vorschläge an die Vollversammlung gemäß Abs. 1 Z 8 bis 13 ist der Präsidialrat anzuhören.

(3) Das Präsidium hat in Zusammenhang mit Normung insbesondere folgende Aufgaben:

1. Erlassung einer Geschäftsordnung für die Entwicklung von Normen und die Teilnahme an der europäischen und internationalen Normung;
2. Einrichtung einer Schlichtungsstelle gemäß §§ 12 und 13 NormG 2016;
3. Zustimmung zur Einrichtung von Komitees, zur Änderung ihrer Aufgabenbereiche sowie zur Auflösung von Komitees;
4. Bestätigung der außerordentlichen Mitgliedschaft nach Vorsitzendenwahlen;
5. Zulassung von Mehrheitsbeschlüssen;
6. Enthebung von Vorsitzenden und Teilnehmenden;
7. Zustimmung zur Aufnahme einer ehemaligen angestellten Person des Vereins, seiner Tochtergesellschaften oder Zweigvereine als Teilnehmende;
8. weitere Aufgaben, die in der Geschäftsordnung (§ 14 Abs. 3 Z 1) festgelegt sind.

(4) Das Präsidium kann für die Behandlung definierter Themenbereiche Ausschüsse bilden, insbesondere für eine oder mehrere Aufgaben gemäß § 14 Abs. 3. Nähere Bestimmungen dazu, insbesondere über die Beiziehung von Fachpersonen, sind in einer Geschäftsordnung des Präsidiums zu treffen.

(5) Im Fall besonderer Dringlichkeit darf die Präsidentin/der Präsident einzelne Aufgaben gemäß § 14 gegen nachträgliche umgehende Berichterstattung an das Präsidium bzw. darf das Präsidium einzelne Aufgaben gemäß § 18 gegen nachträgliche Berichterstattung an den Präsidialrat wahrnehmen.

Präsidialrat

§ 15 (1) Der Präsidialrat besteht aus mindestens 40, aber höchstens 60 Vereinsmitgliedern. Ihre Tätigkeit ist ehrenamtlich.

(2) Zu Mitgliedern des Präsidialrats können nur natürliche Personen bestellt werden.

Wahl, Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Präsidialrats

§ 16 (1) Das Präsidium ernennt bis zu 15 Mitglieder des Präsidialrats gemäß § 14 Abs. 1 Z 3; zwei Mitglieder des Präsidialrates werden von der Vollversammlung auf Vorschlag des Vorsitzendentages gemäß § 16 Abs. 7 gewählt; alle weiteren Mitglieder werden von der Vollversammlung auf Vorschlag des Präsidialrats gewählt.

(2) Mitglieder des Präsidialrats werden für eine Funktionsperiode von drei Jahren gewählt bzw. ernannt. Wiederbestellungen sind zulässig.

(3) Die Mitglieder des Präsidialrats sollen unter Berücksichtigung nationaler, europäischer und internationaler Beziehungen jedenfalls aus folgenden Bereichen kommen:

1. Wirtschaft,
2. Verwaltung,
3. Wissenschaft, Forschung und Lehre,
4. Verbraucherinteressen,
5. Akkreditierungs-, Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungswesen,
6. Normung, Standardisierung und Innovation.

(4) Die Mitglieder des Präsidialrats haben die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen fachlichen und persönlichen Qualifikationen aufzuweisen.

(5) Mitglieder des Präsidialrats vertreten im Verein nicht die Interessen einer anderen Organisation (eines Unternehmens, einer Interessenvertretung, einer politischen Partei u. dgl.), mögen sie auch haupt- oder nebenberuflich einer solchen Organisation angehören. Mitglieder des Präsidialrats werden vielmehr ausschließlich im eigenen Namen und in eigener, persönlicher Verantwortung tätig.

(6) Ist der Verein nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016, so ist die Aufsichtsbehörde einzuladen, zu den gemäß NormG 2016 relevanten Tagesordnungspunkten eine Vertreterin/einen Vertreter zu entsenden.

(7) Der Vorsitzendentag besteht aus den Vorsitzenden der zur Schaffung von Normen gebildeten Komitees und ist jährlich von der Direktorin/vom Direktor oder einer von ihr/ihm bevollmächtigten mitarbeitenden Person des Vereins einzuberufen. Der Vorsitzendentag hat dem Präsidium zwei Personen zur Wahl als Mitglieder des Präsidialrats vorzuschlagen.

(8) Das Präsidium kann ein Mitglied des Präsidialrats aus wichtigem Grund vorzeitig abberufen. Ein solcher Ausschluss setzt voraus, dass dem Mitglied des Präsidialrats die faire Möglichkeit eingeräumt war, zu den für den Ausschluss relevanten Vorwürfen Stellung zu nehmen. Der Ausschlussbeschluss ist schriftlich auszufertigen und zu begründen.

Organisation des Präsidialrats

§ 17 (1) Der Präsidialrat tagt zumindest einmal jährlich. Den Vorsitz führt die Präsidentin/der Präsident, im Fall ihrer/seiner Verhinderung kommt § 13 Abs. 2 sinngemäß zur Anwendung. Beschlüsse im Umlaufverfahren sind zulässig; verlangen jedoch zwei Mitglieder des Präsidialrats die Behandlung des Beschlusssentwurfes in einer Präsidialratssitzung, dann ist von einem Beschluss im Umlaufverfahren Abstand zu nehmen. Der Präsidialrat kann auf Antrag oder mit Zustimmung des Präsidiums Ausschüsse einrichten. Nähere Bestimmungen dazu sind in einer Geschäftsordnung des Präsidialrats zu treffen.

(2) Für Präsidialratssitzungen gilt § 13 Abs. 2 bis 7 sinngemäß. Abweichend von § 13 Abs. 6 ist der Präsidialrat aber auch dann beschlussfähig, wenn nach Ablauf von 30 Minuten ab dem anberaumten Sitzungsbeginn weniger als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Zusätzlich gilt bei virtuellen oder hybriden Sitzungen, dass es auch ausreichend ist, wenn einzelne, höchstens jedoch die Hälfte der Teilnehmenden nur akustisch mit der Versammlung verbunden sind. Eine Fluktuation der Mitglieder während der virtuellen Sitzung wird für die Beschlussfähigkeit nicht berücksichtigt.

(3) Mitglieder des Präsidialrats können sich im Falle einer für sie unabwendbaren Verhinderung von einem anderen Mitglied des Präsidialrates oder in jenen Fällen, in denen mit Zustimmung des Präsidiums eine ständige Vertretung bestellt ist, von dieser vertreten lassen.

Funktionen des Präsidialrats

§ 18 (1) Der Präsidialrat ist das tragende fachliche Konsultativorgan des Vereins. Die Konsultationen betreffen vor allem wirtschaftspolitische und strategische Fragen, weiters einschlägige Fachthemen, zukünftige Entwicklungen sowie Veränderungen aus dem Umfeld und ihre möglichen Auswirkungen auf das Tätigkeitsfeld des Vereins.

(2) Dem Präsidialrat kommen weiters Aufgaben im Zusammenhang mit der Bestellung und Abberufung des Präsidiums (gemäß § 12 Abs. 1 und 3), mit der Vorbereitung von Vorschlägen an die Vollversammlung (gemäß § 14 Abs. 1 Z 8 bis 13 in Zusammenhang mit § 14 Abs. 2) sowie mit der Einberufung von Vollversammlungen (gemäß § 21 Abs. 2) zu.

Vollversammlung

§ 20 (1) Die Vollversammlung besteht aus den Vereinsmitgliedern und ist das allgemeine Willensbildungsorgan des Vereins. Es gibt ordentliche und außerordentliche Vollversammlungen.

(2) Ist der Verein nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016, so ist die Aufsichtsbehörde einzuladen, zu den gemäß NormG 2016 relevanten Tagesordnungspunkten eine Vertreterin/einen Vertreter zu entsenden. In gleicher Weise sind in diesem Fall auch die Vertreterinnen/Vertreter nach § 4 Abs. 4 NormG 2016 einzuladen.

Einberufung von Vollversammlungen

§ 21 (1) Die ordentliche Vollversammlung ist vom Präsidium zumindest einmal jährlich als physische, virtuelle oder hybride Vollversammlung gemäß § 14 Abs. 1 Z 1 einzuberufen.

(2) Eine außerordentliche Vollversammlung ist aus wichtigen Gründen, und zwar auf Antrag des Präsidialrates, einer ordentlichen Vollversammlung, von mindestens einem Zehntel der Mitglieder oder auf Verlangen der Abschlussprüferin/des Abschlussprüfers binnen drei Monaten abzuhalten und vom Präsidium als physische, virtuelle oder hybride Vollversammlung einzuberufen.

Einladungsfrist und Tagesordnung zur Vollversammlung

§ 22 (1) Sowohl zu den ordentlichen als auch den außerordentlichen Vollversammlungen sind alle Mitglieder sowie, falls die Voraussetzungen nach § 20 Abs. 2 gegeben sind, die dort Genannten mindestens drei Wochen vor dem Termin (Datum der Postaufgabe oder des E-Mails) schriftlich einzuladen. Eine Vollversammlung gilt jedenfalls dann als ordnungsgemäß einberufen, wenn sie drei Wochen vor dem Termin auf der Homepage des Vereins bekanntgemacht wurde.

(2) Die Einladung zur Vollversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung und der organisatorischen und technischen Voraussetzungen für den Fall einer virtuellen Teilnahme zu erfolgen.

(3) Anträge an die Vollversammlung sind an das Präsidium zu richten und müssen schriftlich (z. B. per E-Mail) eingebracht werden und müssen mindestens zwei Wochen vor dem Termin dem Präsidium zugekommen sein. Nach Prüfung der Anträge auf Zulässigkeit wird die geänderte Tagesordnung rechtzeitig, spätestens jedoch drei Werktage vor Beginn der Vollversammlung, ausgesendet.

Leitung, Beschlussfähigkeit, Beschlüsse der Vollversammlung

§ 23 (1) Die Vollversammlung wird von der Präsidentin/vom Präsidenten, im Falle ihrer/seiner Verhinderung durch jenes Mitglied des Präsidiums, das die Präsidentin/der Präsident bestimmt hat oder, falls eine derartige Bestimmung nicht erfolgt ist, durch die älteste nicht verhinderte Vizepräsidentin/den ältesten nicht verhinderten Vizepräsidenten, oder, falls keine Vizepräsidentin/kein Vizepräsident zur Verfügung steht, durch das älteste weitere Mitglied des Präsidiums geleitet. Für eine virtuelle Teilnahme an der Vollversammlung ist es ausreichend, wenn eine Teilnahmemöglichkeit an der Versammlung von jedem Ort aus mittels einer akustischen und optischen Verbindung in Echtzeit besteht, wobei das einzelne Mitglied dem Verlauf der Versammlung auch nur folgen kann, aber auf andere Weise in die Lage versetzt wird, während der Versammlung Wortmeldungen abzugeben und an Abstimmungen teilzunehmen. Für die Abgabe von Wortmeldungen können während der Versammlung angemessene zeitliche Beschränkungen festgelegt werden.

(2) Eine ordnungsgemäß einberufene Vollversammlung ist unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

(3) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außer-ordentlichen Vollversammlung – können nur zu der ausgesendeten Tagesordnung gefasst werden.

(4) In der Vollversammlung sind alle Mitglieder teilnahme- und stimmberechtigt. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Juristische Personen werden durch ihre statutarisch zur Vertretung nach außen befugten Organe oder eine rechtsgeschäftlich zur Vertretung in der Vollversammlung bevollmächtigte natürliche Person, deren Vollmacht schriftlich auszuweisen ist, vertreten. Die Übertragung des Stimmrechtes auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig. Mitglieder des Präsidialrats können sich durch ihre vom Präsidium bestätigte ständige Vertretung, Vorsitzende von Komitees durch eine ihrer stellvertretenden Personen vertreten lassen. Eine natürliche Person darf jedoch höchstens zwei andere Mitglieder vertreten. Die Bevollmächtigungen und Stimmrechtsübertragungen sind rechtzeitig der Direktion schriftlich (z. B. per E-Mail) zu übermitteln; drei Werktage vor der Vollversammlung ist jedenfalls rechtzeitig.

(5) Sofern in den Statuten nichts anderes bestimmt ist, bedürfen Beschlüsse der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen werden nicht gezählt. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Präsidentin/des Präsidenten den Ausschlag. Beschlüsse über Vorschläge des Präsidiums, mit denen die Statuten geändert werden sollen oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen einer qualifizierten Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Statutenänderungen sowie die Vereinsauflösung können nur dann ohne Mitwirkung bzw. Zustimmung des Präsidiums beschlossen werden, wenn es kein funktionsfähiges Präsidium gibt.

Aufgaben der Vollversammlung

§ 24 Der Vollversammlung obliegen folgende Aufgaben unter Beachtung der jeweils bestehenden Vorschlagsrechte:

1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten,
2. Wahl der Vizepräsidentin/der Vizepräsidenten,
3. Wahl weiterer Präsidiumsmitglieder,
4. Wahl von Mitgliedern des Präsidialrats,
5. Festlegung der Mitgliedsbeiträge,
6. Entgegennahme des Jahresberichtes des Präsidiums,
7. Entlastung des Präsidiums,
8. Bestellung der Abschlussprüferin/des Abschlussprüfers,
9. Verleihung von Ehrenzeichen, Ehrenmitgliedschaft und Ehrenpräsidentschaft,
10. Änderung der Statuten,
11. Auflösung des Vereins,
12. Übernahme oder Zurücklegung der Funktion als nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016.

Direktorin/Direktor

§ 25 (1) Die Direktorin/der Direktor unterstützt das Präsidium bei der Erfüllung seiner Aufgaben und führt die laufenden Vereinsgeschäfte.

(2) Die Direktorin/der Direktor nimmt an den Sitzungen der Vereinsorgane teil und hat ein Antragsrecht im Präsidium.

Bestellung und Abberufung der Direktorin/des Direktors

§ 26 (1) Die Direktorin/der Direktor wird vom Präsidium auf Vorschlag der Präsidentin/des Präsidenten jeweils für eine Funktionsperiode von fünf Jahren bestellt. Wiederbestellungen sind möglich. Die Funktionsperiode verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn das Präsidium der betroffenen Person nicht spätestens sechs Monate vor Ende der Funktionsperiode die beabsichtigte Nicht-Wiederbestellung schriftlich mitgeteilt hat; § 4 Abs. 4 Z 3 lit. a NormG 2016 ist zu beachten. Eine vorzeitige Abberufung setzt das Vorliegen eines wichtigen Grundes voraus. Ein solcher Grund ist grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder tiefgreifender Vertrauensverlust.

(2) Die Direktorin/der Direktor steht zum Verein in einem Dienstverhältnis. Der Verein wird beim Abschluss des Dienstvertrages von der Präsidentin/vom Präsidenten vertreten. Die Ansprüche aus dem Dienstverhältnis werden weder durch den Ablauf der Funktionsperiode noch allein durch eine vorzeitige Abberufung als Direktorin/Direktor berührt.

Aufgaben der Direktorin/des Direktors

§ 27 (1) Der Direktorin/dem Direktor obliegt die Geschäftsführung des Vereins. Die Vereinsgeschäfte sind nach den Grundsätzen des Qualitätsmanagements (insbesondere ÖNORM EN ISO 9001) zu führen.

(2) Die Direktorin/der Direktor hat ihre/seine Aufgaben mit der Sorgfalt einer ordentlichen Unternehmerin/eines ordentlichen Unternehmers zu erfüllen. Sie/er hat in regelmäßigen Abständen der Präsidentin/dem Präsidenten auch unaufgefordert über Sachverhalte, die nicht zur laufenden Routine zählen, zu berichten.

(3) Die Direktorin/der Direktor hat dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Vorschriften, die Statuten, insbesondere die Vereinsprinzipien, die Anordnungen und Beschlüsse des Präsidiums und der Vollversammlung sowie die von der Präsidentin/vom Präsidenten im Namen des Vereins erteilten Weisungen gewissenhaft eingehalten werden.

(4) Die Direktorin/der Direktor ist (unbeschadet § 26 Abs. 2) auch für alle dienstlichen Belange, insbesondere auch für die Aufnahme, Kündigung und Entlassung von Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern und sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zuständig.

(5) Der Direktorin/dem Direktor obliegt die Vereinsgebarung. Sie/er hat unter Heranziehung einschlägig qualifizierter, auch externer Kräfte die Bücher nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zu führen und das Budget sowie mehrjährige Unternehmensperspektiven zu erstellen. Die Direktorin/der Direktor stellt den Jahresabschluss auf und berichtet dem Präsidium regelmäßig, zumindest vier Mal jährlich, über die Finanzlage des Vereins.

(6) Außerordentliche Geschäfte erfordern im Innenverhältnis die Zustimmung des Präsidiums. Zu den außerordentlichen Geschäften zählen:

1. Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Liegenschaften;
2. Aufnahme von Darlehen oder Krediten, die den Betrag von € 100.000,00 insgesamt in einem Geschäftsjahr, überschreiten;
3. Investitionen (z. B. Bauvorhaben, IT-Investitionen), deren Gesamtinvestitionsvolumen den Betrag von € 100.000,00 übersteigen;
4. Beratungskosten (z. B. für Architekten, Änderungen der Gesellschaften), die auf konkrete Projekte bezogen sind, nicht im laufenden Geschäftsprozess üblich sind und

einen Betrag von € 100.000,00 bei einem Dienstleister in einem Geschäftsjahr übersteigen;

5. Änderungen der Anlagerichtlinien zum Wertpapiermanagement;
6. freiwillige Mitgliedschaften bei Vereinigungen und Organisationen;
7. solche Geschäfte, die sich das Präsidium mit Beschluss, insbesondere im Hinblick auf § 4 Abs. 4 Z 3 lit. a) bis d) NormG 2016, vorbehält.

Vertretung des Vereins

§ 28 (1) Der Verein wird grundsätzlich von der Präsidentin/vom Präsidenten und von der Direktorin/vom Direktor gemeinsam vertreten (organschaftliche Gesamtvertretungsbefugnis). Diese gemeinsame Vertretungsmacht ist im Verhältnis zu Dritten unbeschränkt (§ 6 Abs. 3 VerG 2002). Für laufende Vereinsgeschäfte kann die Direktorin/der Direktor den Verein allein vertreten. Im Fall der Verhinderung wird die Präsidentin/der Präsident von einer Vizepräsidentin/einem Vizepräsidenten (vgl. § 13 Abs. 2), die Direktorin/der Direktor von einer Stellvertreterin/einem Stellvertreter (vgl. § 28 Abs. 2) vertreten.

(2) Die stellvertretende Person/die stellvertretenden Personen vertritt/vertreten die Direktorin/den Direktor im Fall der Verhinderung oder, sofern es sich um eine dauerhafte Übertragung von Befugnissen an die stellvertretende Person/die stellvertretenden Personen handelt, nach Maßgabe der von der Direktorin/vom Direktor mit Zustimmung des Präsidiums bestimmten Erfordernisse. Die stellvertretende Person/die stellvertretenden Personen kann/können an den Sitzungen der Vereinsorgane teilnehmen.

(3) Das Präsidium bestellt eine stellvertretende Person oder zwei stellvertretende Personen aus dem Personenkreis der leitenden Angestellten des Vereins für eine Funktionsperiode von zwei Jahren. Wiederbestellungen sind möglich. Die Funktionsperiode verlängert sich jeweils um weitere zwei Jahre, wenn das Präsidium der betroffenen Person nicht spätestens sechs Monate vor Ende der Funktionsperiode die beabsichtigte Nicht-Wiederbestellung schriftlich mitgeteilt hat. Eine vorzeitige Abberufung setzt das Vorliegen eines wichtigen Grundes voraus. Das Dienstverhältnis wird weder durch die Bestellung zur stellvertretenden Person noch durch den Ablauf dieser Funktion oder allein durch eine vorzeitige Abberufung als stellvertretende Person berührt.

(4) Jede Person, der die Gesamtvertretung obliegt, kann von der anderen Person bevollmächtigt werden, sie mitzuvertreten. Diesbezüglich ist eine schriftliche Vollmacht auszustellen. Bei außerordentlichen Geschäften (gemäß § 27 Abs. 6) darf eine derartige Mitvertretung nur in Notfällen stattfinden.

(5) Geschäfte des Vereins mit Mitgliedern des Präsidiums, mit der Direktorin/dem Direktor oder einer seiner stellvertretenden Personen (unbeschadet § 26 Abs. 2 bzw. § 28 Abs. 2) bedürfen der Zustimmung des Präsidiums.

Abschlussprüferin/Abschlussprüfer

§ 29 Der Verein wird von einer Abschlussprüferin/einem Abschlussprüfer gemäß § 22 Abs. 2 bis 5 VerG 2002 geprüft. Die Abschlussprüferin/der Abschlussprüfer wird für ein Jahr auf Vorschlag des Präsidiums von der Vollversammlung bestellt. Wiederbestellungen sind zulässig. Nach spätestens sieben Jahren ist ein Wechsel der Abschlussprüferin/des Abschlussprüfers vorzunehmen.

Schlichtungseinrichtung gemäß § 8 VerG 2002

§ 30 Die Schlichtungseinrichtung entscheidet in allen Streitigkeiten in Vereinsangelegenheiten zwischen Mitgliedern und dem Verein oder zwischen Mitgliedern untereinander. In reinen Vereinsstreitigkeiten entscheidet die Schlichtungseinrichtung in jedem Fall endgültig, in rechtlichen Vereinsstreitigkeiten ist bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen gemäß § 8 VerG 2002 der Weg zum ordentlichen Gericht offen; ansonsten ist auch in diesen Fällen die Entscheidung der Schlichtungseinrichtung endgültig.

Organisation der Schlichtungseinrichtung gemäß § 8 VerG 2002

§ 31 (1) Die Schlichtungseinrichtung wird für den jeweiligen Streitfall gesondert gebildet. Jede Streitpartei macht ein Vereinsmitglied als Mitglied der Schlichtungseinrichtung namhaft. Die namhaft gemachten Mitglieder der Schlichtungseinrichtung wählen ihrerseits ein weiteres Vereinsmitglied zur/zum Vorsitzenden.

(2) Folgende Vorgangsweise ist einzuhalten: Die antragstellende Person verständigt die Antragsgegnerin/den Antragsgegner und das Präsidium schriftlich davon, dass sie den Streitfall vor die Schlichtungseinrichtung bringen will und macht ein Mitglied der Schlichtungseinrichtung namhaft. Die Antragsgegnerin/der Antragsgegner hat binnen 14 Tagen ein Mitglied der Schlichtungseinrichtung namhaft zu machen. Kommt die Antragsgegnerin/der Antragsgegner dieser Verpflichtung nicht nach, bestellt das Präsidium das andere Mitglied der Schlichtungseinrichtung.

(3) Können sich die von den Parteien bestellten Mitglieder der Schlichtungseinrichtung nicht auf eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden einigen, bestellt das Präsidium auch die Vorsitzende/den Vorsitzenden.

(4) Ist der Verein selbst vom Streit betroffen und bestellt das Präsidium kein Mitglied der Schlichtungseinrichtung bzw. kommt keine Einigung über eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden zustande, dann ist das Schlichtungsverfahren als endgültig gescheitert anzusehen. Gleiches gilt für den Fall, dass das Präsidium in Fällen, in denen nicht der Verein selbst in den Streit involviert ist, im Bedarfsfall kein Mitglied der Schlichtungseinrichtung oder keine Vorsitzende/keinen Vorsitzenden bestellt.

Grundsätze des Schlichtungsverfahrens

§ 32 (1) Die antragstellende Person hat ihr Begehren schriftlich einzureichen. Der Antragsgegnerin/dem Antragsgegner obliegt es, eine Beantwortung zu verfassen.

(2) Die Schlichtungseinrichtung hat vor Erlassung ihres Spruches die Parteien zu hören und den dem Streit zugrunde liegenden Sachverhalt zu ermitteln. Das Verfahren wird, soweit nichts anderes festgelegt ist, von der Schlichtungseinrichtung nach freiem Ermessen bestimmt.

(3) Wenn sich eine Partei in die Verhandlung vor der Schlichtungseinrichtung nicht einlässt, ist mit der anderen Partei allein zu verhandeln.

(4) Die Schlichtungseinrichtung fällt ihre Entscheidung bei Anwesenheit aller Mitglieder der Schlichtungseinrichtung mit einfacher Stimmenmehrheit. Stimmenthaltung ist unzulässig. Die Entscheidung der Schlichtungseinrichtung unterliegt vereinsintern keinem Instanzenzug. Der Schlichtungsspruch bindet die Parteien auch in Rechtsstreitigkeiten endgültig, sofern er nicht wegen materieller Rechtswidrigkeit oder grober Verstöße gegen die einzuhaltenden Verfahrensgrundsätze vor dem ordentlichen Gericht erfolgreich bekämpft wird.

Zweigvereine

§ 33 (1) Der Verein kann Zweigvereine gründen und bestehende Vereine als Zweigvereine angliedern. Dabei sind die folgenden Grundsätze zu beachten.

(2) Die Statuten des Zweigvereins sind so zu gestalten, dass sie mit den Statuten und den Anliegen des Hauptvereins kompatibel sind.

(3) Die Statuten des Zweigvereins bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Präsidiums des Hauptvereins. Beschließt oder ändert ein Zweigverein seine Statuten ohne diese Zustimmung, kann der Hauptverein den Statutenbeschluss vor der Schlichtungseinrichtung des Zweigvereins und gegebenenfalls vor dem ordentlichen Gericht anfechten. Das Präsidium des Hauptvereins kann überdies dem Verein die Stellung des Zweigvereins absprechen und ihn auflösen.

(4) Der Zweck des Zweigvereins entspricht dem des Hauptvereins; er kann jedoch auf besondere, dem Vereinszweck des Hauptvereins entsprechende Aufgaben eingeschränkt sein.

(5) Dem Namen des Zweigvereins kann mit Genehmigung des Hauptvereins die Bezeichnung: „Zweigverein von Austrian Standards International“ beigefügt werden. Dem Zweigverein kann weiters die Führung eines Logos des Hauptvereins gestattet werden. Genehmigung und Widerruf erklärt das Präsidium des Hauptvereins.

(6) Die Aufnahme von Mitgliedern des Zweigvereins bedarf der Zustimmung des Präsidiums des Hauptvereins. Das Präsidium des Hauptvereins kann Personen zur Aufnahme als Mitglieder des Zweigvereins vorschlagen. Der Vorschlag darf vom für die Aufnahme von Mitgliedern zuständigen Organ des Zweigvereins nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.

(7) Den Ausschluss von Mitgliedern des Zweigvereins durch diesen kann auch das Präsidium des Hauptvereins vor der Schlichtungseinrichtung des Zweigvereins und gegebenenfalls auch vor dem ordentlichen Gericht anfechten.

(8) Das Präsidium des Hauptvereins ist befugt, Mitglieder des Zweigvereins aus dem Zweigverein aus wichtigem Grund auszuschließen.

(9) Die Organisation des Zweigvereins entspricht im Rahmen des Erforderlichen jener des Hauptvereins. Die Bestellung von zwei Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfern oder einer Abschlussprüferin/einem Abschlussprüfer richtet sich nach den vereinsgesetzlichen Vorschriften.

(10) Die Bestellung und Abberufung des Präsidiums des Zweigvereins bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Präsidiums des Hauptvereins. Personalunionen sind zulässig, soweit keine Inkompatibilitäten der kumulierten Organfunktionen vorliegen.

(11) Das Präsidium des Hauptvereins kann aus wichtigem Grund Präsidiumsmitglieder des Zweigvereins abberufen. Werden vom Zweigverein nicht rechtzeitig neue Präsidiumsmitglieder bestellt, ist das Präsidium des Hauptvereins befugt, bis zur ordnungsgemäßen Neuwahl ein Notpräsidium des Zweigvereins einzusetzen. Abberufene Präsidiumsmitglieder des Zweigvereins können auch dann, wenn sie gegen ihre Abberufung rechtlich vorgehen, ihr Amt nicht weiter wirksam ausüben.

(12) Der Zweigverein erfüllt seine Aufgaben in Abstimmung mit dem Hauptverein.

(13) Der Zweigverein verfügt dem Vereinszweck entsprechend über die Mitgliedsbeiträge seiner Mitglieder und über sein sonst erworbenes Vermögen. Der Hauptverein kann den Zweigverein finanziell bei der Durchführung seiner Aufgaben unterstützen. Der Zweigverein hat jedoch in erster Linie für die Finanzierung seiner Projekte selbst zu sorgen. Der Zweigverein hat sein Rechnungswesen dem Hauptverein offenzulegen und gegebenenfalls dessen Beanstandungen und Anregungen zu beachten. Zweigvereine unterliegen dem Controlling- und Revisionsystem des Hauptvereins.

(14) Im Falle der Auflösung des Zweigvereins geht das Vermögen des Zweigvereins auf den Hauptverein über.

Auflösung des Vereins

§ 34 (1) Die Auflösung des Vereins bedarf einer außerordentlichen Vollversammlung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Auflösung des Vereins“. Die Auflösung darf von der Vollversammlung nur auf Antrag des Präsidiums beschlossen werden, es sei denn, der Verein würde über kein Präsidium verfügen und es könnte auch kein neues Präsidium gebildet werden.

(2) Der Auflösungsbeschluss bedarf einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden bzw. der ordnungsgemäß nach § 23 Abs. 4 vertretenen Mitglieder. In gleicher Weise entscheidet die Vollversammlung im Falle der Auflösung des Vereins oder im Falle des Wegfalls des bisherigen begünstigten Vereinszwecks über das verbleibende Vereinsvermögen, das jedoch jedenfalls für nicht auf Gewinn gerichtete Zwecke zu verwenden ist. Das Vermögen kann dabei auch einer oder mehreren Organisationen übertragen werden, die solchen Zwecken gewidmet sind.

(3) Sofern die Vollversammlung auf Vorschlag des Präsidiums nichts anderes beschließt, wofür einfache Mehrheit genügt, fungieren die Präsidiumsmitglieder als die zur Abwicklung des aufgelösten Vereins bestellten Personen.

(4) Sofern die Präsidiumsmitglieder die zur Abwicklung des aufgelösten Vereins bestellten Personen sind, haben sie die Beendigung ihrer Tätigkeit der Vereinsbehörde mitzuteilen. Werden andere Personen zur Abwicklung des aufgelösten Vereins bestellt, haben sie die Beendigung ihrer Tätigkeit auch dem Präsidium mitzuteilen.

(5) Ist der Verein nationale Normungsorganisation gemäß NormG 2016, so ist bei seiner Auflösung oder der Beendigung seiner Befugnis nach NormG 2016 vom Präsidium gemäß § 3 Abs. 7 NormG 2016 vorzugehen. Das heißt, dass die durch die Übertragung der Rechte entstehenden Kosten zu ermitteln und in Rechnung zu stellen sowie die Übertragung der Rechte durchzuführen sind.

Übergangsbestimmungen

§ 35 Nach den bisherigen Statuten entstandene Vereinsfunktionen bleiben bis zum Ablauf der für sie bisher maßgebend gewesenen Fristen aufrecht.

Impressum

Austrian Standards International – Standardisierung und Innovation
Heinestraße 38 | 1020 Wien
www.austrian-standards.at